

Zur Kenntnis!

Auch gestern ein lesenswerter Artikel in der FAZ.

Viele Grüße und schönes Wochenende

Ekkehard Lentz
Sprecher
Bremer Friedensforum
Villa Ichon
Goetheplatz 4
D-28203 Bremen
0049- (0) 421-3 96 18 92
0049- (0) 173-4 19 43 20
<https://www.bremerfriedensforum.de>
<https://www.facebook.com/bremerfriedensforum>
<https://twitter.com/ekkehardlentz1>
https://www.instagram.com/bremer_friedensforum

--

Diese Nachricht wurde von meinem Android Mobiltelefon mit GMX Mail gesendet.

Am 06.11.21, 09:23 schrieb BI Oslebshausen und Umzu <info@bi-oslebshausen.de>:

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir wissen, der Prophet gilt nichts im eigenen Land. Lesen Sie daher bitte, was gestern die Frankfurter Allgemeine Zeitung schrieb:

05.11.2021

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/bremen-streitet-ueber-ehemaligen-soldatenfriedhof-17618447.html>

und 24.09.2021

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/bremen-protest-gegen-plaene-fuer-russenfriedhof-17542524.html>

Wir haben uns seit über einem Jahr gegen die Bahnwerkstatt in Bremen-Oslebshausen positioniert. Es gibt eine Fülle von Gründen, die gegen eine Ansiedlung an diesem Standort sprechen.

Sogar die Bremer Handelskammer nimmt unsere gut begründeten Befürchtungen sehr ernst. Die Auswirkungen der zusätzlichen - unseres Erachtens unnötigen - Zugverkehre für die Bremer Wirtschaft besorgen auch die Handelskammer.

Doch lesen Sie selbst: Über 100 Artikel und Fernsehbeiträge gibt es mittlerweile zum Thema Bahnwerkstatt und dem damit untrennbar verbundenen sogenannten "Russenfriedhof". Sie finden das gesamte Spektrum von der linken "Ossietzky" über russische TV-Sender bis hin zur konservativen Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Allen Veröffentlichungen ist gemein, dass ihnen das Vorgehen des Bremer Senats suspekt ist. Wir haben Ihnen unsere aktuelle Medienübersicht beigefügt. Lesen Sie selbst! Schauen Sie die Filmbeiträge! Machen Sie sich ein eigenes Bild!

Der Umgang des Bremer Senats mit diesem Thema ist von Unkenntnis, Ignoranz und Verantwortungslosigkeit geprägt. Bis heute hat sich der Bremer Senat kein solides eigenes Bild von den Auswirkungen der Ansiedlung gemacht. Der Senat verlässt sich alleine auf die Einschätzung Alstoms sowie der DB Netz AG ([rb.gy/zmzr88](https://www.rb.gy/zmzr88)). Es wird nicht gefragt, ob es gut für Bremen, die Menschen hier und die Wirtschaft ist. Wir erachten dies als grob fahrlässig.

Die Entscheidung, ob an diesem Standort eine Bahnwerkstatt gebaut wird, ist mit den neuesten Funden auf dem Russenfriedhof nun keine politische mehr, wie der Senat noch der Opposition Glauben machen möchte.

Es ist eine Frage des internationalen humanitären Völkerrechts. Und sie ist längst geklärt! Prof. Dr. Robert Heinsch eine der weltweit führenden Kapazitäten im humanitären Völkerrecht kommt zu folgender Einschätzung: "Die Errichtung einer Bahnwerkstatt auf dem Areal einer Kriegsgräberstätte, wo Verstorbene ihren letzten Ruheort gefunden haben, ist also nicht mit dem humanitären Völkerrecht vereinbar, wenn deren sterblichen Überreste nie exhumiert und umgebettet worden sind." ([rb.gy/i4ldag](https://www.rb.gy/i4ldag)) Der Verwesungsprozess ist nach 80 Jahren so weit

fortgeschritten, dass eine vollständige Umbettung nun nicht mehr möglich ist. Die Landesarchäologin Prof Uta Halle bestätigt selbst: "Nun müssen wir feststellen, dass die Exhumierung unvollständig war".

Hier gibt es keinen Raum für politische Einschätzungen, Hinterzimmergespräche oder Klüngel mit russischen, belarussischen, ukrainischen oder den anderen post-sowjetischen Staaten. Hier ist von der Bremer Regierung das geltende Recht einzuhalten - so weh das tun mag!

Die Forderung des SPD-Bundespräsidenten Steinmeier den Verbrechen gegen die Bürger damaligen Sowjetunion zu gedenken, scheint in Bremen ungehört zu verhallen. Steinmeier: "Wir erinnern nicht mit dem Rücken zur Zukunft, sondern wir erinnern mit dem Blick nach vorn, mit dem klaren und lauten Ruf: Nie wieder ein solcher Krieg! Ich weiß, dass ich diesen Ruf mit vielen, vielen Menschen in Polen und den baltischen Staaten, in der Ukraine, in Belarus und in Russland teile, in allen Nachfolgestaaten der Sowjetunion." ([rb.gy/fby46p](https://www.rbb-online.de/rbb/fby/46p)) Warum handelt der Senat nicht hiernach. Das Gedenken auch die sowjetischen Opfer des Nationalsozialismus sollte jetzt Staatsräson sein.

Aber auch ohne diese Funde, grenzt das unbeirrte Festhalten an diesem Standort an mutwillige Körperverletzung. Bereits heute leben die Menschen in Oslebshausen und Gröpelingen am kürzesten. Bereits heute sind die Menschen hier mit höherer Wahrscheinlichkeit erkrankt, als anderswo in Bremen. Und es ist wissenschaftlich bewiesen, dass dies wesentlich an dem Lärm und insbesondere am Schienenlärm liegt. Doch lesen Sie auch hier selbst, was die Bremer Gesundheitssenatorin, das Bundesumweltamt und ein unabhängiges Ingenieurbüro hierzu schreiben: [rb.gy/oe4gsa](https://www.rbb-online.de/rbb/oe4gsa), [rb.gy/ospbki](https://www.rbb-online.de/rbb/ospbki); [rb.gy/dreewq](https://www.rbb-online.de/rbb/dreewq)

Gesundheit und ein langes Leben dürfen in Bremen nicht vom Geldbeutel abhängig sein. Der Senat hat hierfür zu sorgen.

Dass er stattdessen sogar sein Versprechen aus der Koalitionsvereinbarung von 2019 an die Oslebshauer Bevölkerung bricht, passt leider ins Bild.

Bitte nehmen Sie Ihre Aufgabe als Opposition in der Bremischen Bürgerschaft wahr! Verhindern Sie, dass der Senat hier einen kaum behebbaren Fehler macht. Dieser Fehler wird enorme Auswirkungen auf Menschen und Wirtschaft haben.

Bremerinnen und Bremer sowie die Bremer Wirtschaft müssen auf Ihr Engagement hoffen!

Viele Grüße
Dieter Winge

Bürgerinitiative Oslebshausen und Umzu
Pressesprecher/Öffentlichkeit: Dieter Winge
E-Mail: info@bi-oslebshausen.de
Telefon: 0179 379 6615
www.bi-oslebshausen.de
<https://www.facebook.com/groups/2061150564099146/>